



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/65

17. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Nur ein Viertel echte Verteidigungskosten	S. 1
Das spanische Volk rührt sich - v. Radolff Llopis	S. 3
Remer in der hohen Politik	S. 5

Verteidigungsbeitrag statt Besatzungskosten

Von Professor Dr. Fritz Baade

Sehr zu Unrecht werden die heute der deutschen Bundesrepublik auferlegten Besatzungskosten als "Verteidigungsbeitrag" bezeichnet. Hoch genug sind sie; sie betragen im letzten Haushaltsjahr 4.5 Milliarden DM, während wir in Deutschland für sämtliche Opfer aus zwei Weltkriegen und für ihre Hinterbliebenen nur drei Milliarden DM ausgeben. Bereits die Ankündigung einiger weiterer Divisionen war seitens der Besatzungsmächte von einer Zusatzrechnung von 1.6 Milliarden DM Besatzungskosten begleitet. Das soll aber nur ein Vorgegeschmack für unseren endgültigen "Verteidigungsbeitrag" sein. Hierfür werden Summen in der Größenordnung von 10% des deutschen Volkseinkommens, d.h. von etwa 10 Milliarden DM genannt.

Dass Deutschland bereit ist, auch wirtschaftlich nach Kräften zu seiner Verteidigung beizutragen, ist selbstverständlich. Eine kritische Nachprüfung der bisherigen Besatzungskosten von 4.5 Milliarden DM führt aber zu einem Ergebnis, dass bisher von einem sinnvollen Zusammenhang zwischen Besatzungskosten und Verbesserung unserer Verteidigung beim besten Willen nicht gesprochen werden kann.

Aus dem Titel "Besatzungskosten" wurden bis in die jüngste Gegenwart Hunderte von Millionen für die Drosselung der Leistungs-

fähigkeit und Verteidigungskosten unserer Wirtschaft ausgegeben: für Demontagen, Demilitarisierungen, Sprengungen von Bunkern und Schiffswerften. Ebenfalls aus Besatzungskosten wird der luxuriöse Wohnungs- und Personalbedarf unzähliger Dienststellen bestritten, die darüber wachen sollen, dass wir nicht bewaffnet sind. Das fängt oben mit dem militärischen Sicherheitsamt an, für das noch in diesem Jahr eine Anzahl von Schlössern mit einem Kostenaufwand von mehr als einem Dutzend Millionen in Offizierswohnungen und Büros umgebaut werden und geht herunter bis zu völlig überflüssigen Landes- und Kreiskommissariaten. Nahezu die Hälfte der 4.5 Milliarden werden so für Dinge ausgegeben, die - weit davon entfernt, ein Verteidigungsbeitrag zu sein - gegen unsere Beteiligung an einer gemeinsamen Verteidigung arbeiten und die Verteidigungsmöglichkeiten Deutschlands verschlechtern.

Aber auch das, was wir für die in Deutschland stehenden amerikanischen, englischen und französischen Soldaten ausgeben, ist nur zum Teil ein sinnvoller Verteidigungsbeitrag. All diese Soldaten werden von ihren Heimatländern mit Löhnung, Kleidung, Nahrung, Waffen, Munition und Ausrüstung versorgt. Von all diesen Posten trägt Deutschland nichts, und es ist niemals die Forderung erhoben worden, dass wir diese Kosten übernehmen sollen. Was wir bezahlen, ist lediglich das, was man in einer Armee den Heerestross nennt: Kasino-, Kantinen-, Büro- und Transportdienste, dazu die Unterbringung der Offiziere und Soldaten und ihrer Familienangehörigen; in einem Umfang, dass massgebende alliierte militärische Sachverständige in diesem Luxus die Hauptgefahr für die Kampfmoral dieser Truppen sehen. Ein wirklicher Verteidigungsbeitrag ist aber nur eine Versorgung der in Deutschland stehenden westlichen Streitkräfte mit Unterbringung und Trossdiensten, wie sie in einer anständig geführten Armeeverwaltung normal und angemessen sind.

Wieviel das sein darf, kann man sich leicht ausrechnen. 5.000 DM Aufwand für Unterbringung und Trossdienste für einen Soldaten, der von seinem Vaterland bereits Löhnung, Nahrung, Kleidung, Waffen und Munition erhält, wäre ein sinnvoller Betrag. Wenn man auf das Doppelte, also auf 10.000 DM geht, so ist damit alles abgegolten, was Deutschland auf dem Gebiet der Stellung von Kraftfahrern, Reparaturwerkstätten usw. für diese Truppen leisten kann, um den Heimatländern

Ausgaben an Menschen und Geld möglichst zu ersparen. Das wäre aber bei den etwa 120.000 Mann echter Verteidigungstruppen, die heute höchstens in Westdeutschland stehen, erst ein Betrag von 1,2 Milliarden DM. Nur ein Viertel der bisherigen Besatzungskosten dient daher der Verteidigung, drei Viertel werden für Dinge ausgegeben, die vom Standpunkt der Verteidigung aus entweder Unsinn oder sogar direkt schädlich sind.

+ + +

Der in Frankreich im Exil lebende Generalsekretär der spanischen sozialistischen Partei, Rodolfo Llopis, schickt uns zu den Ereignissen in Barcelona den nachstehenden Beitrag.

Das spanische Volk rührt sich

Von Rodolfo Llopis

Die katalanische Arbeiterschaft war seit je in zwei grossen Arbeiterbewegungen organisiert. Einmal in der Confédération Nationale du Travail (Nationale Arbeiter-Konföderation), eine anarchistisch-syndikalistische Bewegung, und zum andern in der Union Générale des Travailleurs (Allgemeiner Arbeiterbund), der die sozialistische Richtung vertritt. Sowohl der C.N.T. als auch die U.G.T. haben trotz aller Verfolgungen illegal in Spanien weiterbestanden. Die U.G.T. wurde noch bedeutend verstärkt durch die Aufnahme grosser Teile sozialistischer Arbeiter, die aus den übrigen Spanien kamen, wo sie wegen militärischer Rebellion (!!) schwere Strafen verbüsst hatten und die man nach der Entlassung zwang, andere Gebiete aufzusuchen, da man ihnen nicht gestatten wollte, in ihrer alten Heimat von neuem zu beginnen. Die meisten dieser Armen gingen nach Katalonien.

Die Kommunisten haben in Katalonien niemals einen wesentlichen Einfluss besessen. Die beiden grossen Gewerkschaftsorganisationen waren und sind anti-kommunistisch. Während des Bürgerkrieges hat es eine "Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens" gegeben. Sie war ein rein kommunistischer Verein und ist heute nur noch eine Fiktion. Sie besteht nur noch im Exil und hat sich gespalten. Ein Teil arbeitet im Sinne Moskaus, der Rest macht in Titoismus. Die Kommunisten Spaniens haben seit langem den Befehl herausgegeben, sich still zu verhalten. Sie kalkulieren mit den politischen Fehlern,

die von den demokratischen Ländern Franco gegenüber begangen werden. Das ist die beste Propaganda für sie.

Was sich jetzt in Barcelona abspielt, ist sehr leicht zu erklären: Das spanische Volk hat die Diktatur Francos satt. Es will nicht mehr ein Unterdrückungssystem ertragen, das bis heute noch kein einziges Problem zu lösen imstande war. Es konnte nur eine Handvoll opportunistischer Abenteurer auf skandalöse Art und Weise bereichern und im übrigen im ganzen Lande das Elend zu einer Dauereinrichtung machen. Das spanische Volk isst sich nicht satt, auch diejenigen nicht, die noch in Arbeit stehen. Die Rationierung ist einfach lächerlich. Die katalanische Industrie verfügt nur über 9 Stunden Strom wöchentlich. Alles ist gelähmt. Das Kapital ist mehr als vorsichtig und engagiert sich nicht. Die Not wächst täglich. Eines Tages muss sie, gleich wann und unter welchem Vorwand, kritisch werden und explodieren.

Vor kurzer Zeit waren es die Studenten Barcelonas, die die Polizei fast eine Woche lang beschäftigten und wenige Tage vor dem Generalstreik streikten in Barcelona die Strassenbahnfahrergäste mit Erfolg gegen die Erhöhung der Tarife. An dem jetzigen Streik nimmt die gesamte Bevölkerung teil.

Es ist völlig unsinnig zu sagen, dass die Bevölkerung von ausländischen kommunistischen Agenten aufgeputscht worden sei. Etwa auch die falangistischen Gewerkschaften, die sich ebenfalls beteiligten? Diese hielten vom 6.-10. März in Madrid ihren Kongress ab. Die dort an dem Regime und den Verhältnissen geübte Kritik war derartig, dass Franco erklärte, der Ton der angeschlagen wurde, habe die Ruhe vernichten lassen, die zur Lösung derartiger Probleme erforderlich sei.

Wein, der Generalstreik von Barcelona zeigt nur die elenden Verhältnisse, unter denen Spanien leidet. Er ist eine ernste Warnung für das System und seine blinden Beschützer. Wenn man aber schon nach ausländischen Agenten suchen will, dann suche man sie nicht in Moskau, sondern eher im Vatikan, denn es war Pius XII., der an den Kongress der falangistischen Arbeiter folgende Radio-Botschaft sandte: "Die Kirche hat niemals die soziale Revolution gepredigt, sie besteht aber auf der Notwendigkeit einer möglichst gleichmässigen Verteilung des Sozialproduktes und weist eine soziale Situation als gegen die Natur verstossend zurück, die auf der einen Seite eine kleine Gruppe von Reichen und Privilegierten schafft und auf der anderen Seite eine riesige Masse völlig verarmter vegetieren lässt".

Der Schrei aus dem Irrenhaus

(sp) Der unglückselige Knabe Remer, der für die Sozialistische Reichspartei den national-humoristischen Teil bestreitet, hat in Tangendorf bei Winsen im Gasthaus Vieck am 8. März eine Wahlversammlung abgehalten, in der er u.a. wörtlich folgendes produzierte:

"Auch Herr Schumacher hat ursprünglich beabsichtigt, analog seiner grossen Rede in Bonn zur Remilitarisierung diesen Wiesbadener Beschluss zu unterzeichnen. Er musste sich aber vorher mit Herrn Bevin auseinandersetzen und da Herr Bevin der Meinung war, unterschreiben Sie nicht, das könnte die Remilitarisierung in Frage stellen, unterblieb die Unterschrift. Damit wurde auch das Mitbestimmungsrecht von Herrn Adenauer eingehandelt. Schumacher musste 15 Funktionäre in der Gewerkschaft unterbringen. Dafür war er bereit, deutsche Soldaten dem Westen zur Verfügung zu stellen"

Dazu ist festzustellen:

1. Es hat nicht eine Sekunde auch nur der Gedanke bei Schumacher oder einem anderen führenden Sozialdemokraten bestanden, den Wiesbadener Beschluss zu unterzeichnen, der bekanntlich eine Annäherung an die sowjetische Deutschlandpolitik bedeutet. Offenbar haben deswegen Herr Remer und seine Freunde den Wiesbadener Aufruf unterzeichnet.
2. Herr Remer unterschätzt freundlicherweise die Intimität im Verkehr der SPD mit der britischen Regierung. Weder von dort, noch von den Sozialdemokraten ist je ein Wunsch geäussert worden, sich in dieser Frage gegenseitig ins Benehmen zu setzen. Dementsprechend ist auch kein Wort gewechselt worden. Die Unterwerfung unter eine fremde Besatzungsmacht überlassen wir den Herren, die aus dem nächsten Bekanntenkreis des Herrn Remer in der letzten Zeit nach Karlshorst gereist sind.
3. Das Mitbestimmungsrecht ist eine Forderung der deutschen Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Es ist in keinem Punkt, weder von der Sozialdemokratie, noch von den Gewerkschaften, zum Gegenstand eines Handelsgeschäftes gemacht worden. Selbständigkeit in der Politik ist Herrn Remer offenbar etwas Unbekanntes.
4. Der sozialdemokratische Standpunkt in der Frage eines deutschen militärischen Beitrags und seinen unverrückbaren Voraussetzungen ist derselbe wie von ersten Tage an, da die Diskussion über diese Frage begonnen hat. Unter den heutigen Voraussetzungen wird Nein gesagt. Das leichtsinnige Umspringen mit dem Schicksal des deutschen Volkes ist der SPD wesensfremd. Es ist eine Eigentümlichkeit der Kommunisten und rechtsradikalen Gruppen in Deutschland.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt